



Markthalle Landtag

NACHHALTIGE ENTWICKLUNGSZIELE IN NIEDERSACHSEN UMSETZEN

Was hat Niedersachsen mit einer globalen nachhaltigen Entwicklung zu tun? Vieles! Weltweite Herausforderungen, wie die Armuts- und Hungerbekämpfung, der Klimawandel, das Artensterben oder der zunehmend aggressive Zugriff auf Land und Rohstoffe, haben immer auch einen lokalen Bezug zu uns in Niedersachsen – in Politik, Wirtschaft oder im Alltagshandel. Die UN-Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung bietet einen Orientierungsrahmen, um unsere Politik anzupassen und diesen Herausforderungen zu begegnen. Die niedersächsische Landespolitik hat bereits wichtige Prozesse im Hinblick auf eine SDG-Umsetzung ergriffen. Diese können allerdings nur als ein Anfang gesehen werden. Der Verband Entwicklungspolitik Niedersachsen e.V. setzt sich für einen sozial-ökologischen Wandel ein und schlägt mit diesem Papier weitere Maßnahmen zur Umsetzung der globalen nachhaltigen Entwicklungsziele in und durch Niedersachsen vor.

DIE AGENDA 2030 UND DIE 17 SUSTAINABLE DEVELOPMENT GOALS

Alle 193 Mitgliedsstaaten der Vereinten Nationen haben sich im September 2015 auf ein umfassendes globales Entwicklungs- und Umweltprogramm geeinigt, das den weltweiten Herausforderungen, wie Armut, Hunger, Ressourcenendlichkeit oder Klimawandel, begegnen soll: **Die Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung: Transformation unserer Welt.** Herzstück dieser Agenda sind die 17 globalen nachhaltigen Entwicklungsziele (Sustainable Development Goals/SDGs). Sie stellen bis 2030 die Roadmap für eine globale nachhaltige Entwicklung dar. Die Agenda 2030 ist universell gültig, weshalb auch Deutschland und Niedersachsen in die Pflicht genommen werden, sich nachhaltig zu entwickeln.

HINTERGRUND

Deutschland ist nicht nachhaltig! Der Deutsche Erdüberlastungstag 2017 war am 24. April. Ab da haben wir durch unsere Konsum- und Produktionsweisen und Handelspraktiken mehr Ressourcen verbraucht, als uns zusteht. Global gerecht ist das nicht! Die Auswirkungen unseres Handelns auf Länder des Globalen Südens sind unbestreitbar. Unsere Landwirtschaft mit ihren Soja-Importen und Fleischexporten ist nur ein Beispiel, dessen Anfang und Ende der Lieferkette enorme soziale und ökologische Schäden im Globalen Süden anrichten. Es bedarf dringender transformativer Veränderungen in Gesellschaft, Wirtschaft und Politik sowie einer ehrlichen Auseinandersetzung mit dem Status Quo.

Die SDGs bieten einen geeigneten Handlungsrahmen, einen tiefgreifenden sozial und ökologisch nachhaltigen Wandel auf verschiedenen Ebenen auch in Niedersachsen voranzutreiben. Denn die Agenda 2030 verfolgt nichts Geringeres als eine „Transformation unserer Welt“. Das richtige Konzept bietet sie aufgrund ihrer ganzheitlichen Sicht auf eine globale nachhaltige Entwicklung, die entwicklungs-, umwelt-, sozial-, und friedenspolitische wie auch partnerschaftliche Aspekte in globalen Zusammenhängen denkt. Die deutschen Bundesländer spielen bei der SDG-Umsetzung eine wesentliche Rolle. Gründe dafür sind ihre Gesetzgebungskompetenzen und weitere Zuständigkeiten, ihre landesspezifische Expertise und ihre Nähe zu den lokalen Akteuren. Die SDGs betreffen Niedersachsen in dreifacher Hinsicht: SDGs, die (1) die Situation in Niedersachsen, die (2) die externen Effekte der niedersächsischen Politik und Wirtschaft und die (3) die internationale Verantwortung und Solidarität Niedersachsens betreffen.

Dieses Papier wurde im Rahmen des **VEN - PROJEKTES „WELT WUNDER – WANDEL STATT WACHSTUM“** erstellt.



**VERBAND
ENTWICKLUNGSPOLITIK
NIEDERSACHSEN E.V.**

WELT WUNDER!
WANDEL STATT WACHSTUM



ACT LOCAL – THINK GLOBAL!

Eine Umsetzung der SDGs in und durch Niedersachsen kann nur erreicht werden, wenn die richtigen Rahmenbedingungen geschaffen, ausreichend finanzielle Ressourcen zur Verfügung gestellt und die SDGs durch eigene Ziele und Maßnahmen realitätsnah wiedergespiegelt werden. Dafür muss die niedersächsische Politik ihr eigenes Handeln an den SDGs ausrichten. Der VEN setzt sich für einen sozial-ökologischen Wandel in Niedersachsen und weltweit ein.

VEN - HANDLUNGSEMPFEHLUNGEN an die Landesregierung

Der Verband Entwicklungspolitik Niedersachsen e.V. empfiehlt daher:

- dass die begonnenen Prozesse der Landesnachhaltigkeitsstrategie und der Entwicklungspolitischen Leitlinien weiter fortgeführt und konsequent umgesetzt werden.
- dass eine institutionelle Verankerung von nachhaltiger Entwicklung im Sinne der SDGs realisiert wird. Ein parlamentarischer Beirat oder ein Staatssekretärsausschuss für nachhaltige Entwicklung, ähnlich wie auf Bundesebene, können als Vorbild dienen. Mit einem entsprechenden Mandat können diese eine wichtige Funktion übernehmen beim Monitoring der SDG-Umsetzung. Damit eine Nachhaltigkeitsstrategie als übergeordnete Strategie funktionieren und als Handlungsmaxime aller Ressorts dienen kann, sollte die federführende Verantwortung langfristig in der Staatskanzlei angesiedelt werden.
- dass verbindliche Nachhaltigkeitsprüfungen bei Gesetzesentscheidungen eingeführt werden. Regelmäßige Kohärenz- oder SDG-Berichte sollen die Umsetzungsprozesse und Fortschritte evaluieren.
- dass der Landeshaushalt anhand von Nachhaltigkeitskriterien im Sinne der SDGs geplant wird.
- dass die Zivilgesellschaft in einem breiten partizipativen Prozess beteiligt wird. Die bisherigen Beteiligungsformen sind begrüßenswert und müssen fortgesetzt werden. Es ist zu überprüfen, ob diese auf weitere NGOs ausgeweitet werden. In diesem Zusammenhang ist eine Förderung von inländischen NGOs sicherzustellen.
- dass die niedersächsischen Kommunen durch die Landesregierung bei der Umsetzung ihrer Agenda 2030-Prozesse unterstützt werden.
- dass langfristig eine konkrete und auf das Land Niedersachsen fokussierte Zukunftsvision und ein Leitbild für eine nachhaltige Entwicklung und eine „gesellschaftliche und wirtschaftliche Transformation“ im Sinne der Agenda 2030 erarbeitet werden. Dieses muss parteiübergreifend und unter breiter Beteiligung der Zivilgesellschaft erfolgen. Wichtig ist, dass für eine kohärente SDG-Politik „Nachhaltigkeitspolitik“ und „Entwicklungspolitik“ ineinandergreifen und sich in einer Strategie wiederfinden muss. Diese Art von „Nachhaltiger Entwicklungsstrategie“ sollte zudem aufgewertet und verbindlich werden. Dafür müssen Wechselwirkungen zwischen den Handlungsfeldern realistisch bewertet werden. Dies betrifft vor allem unser auf Wachstum basierendes Wirtschaftsmodell, das in extremen Widerspruch zu vielen Handlungsfeldern steht. Zudem müssen thematische „Leerstellen“ der Nachhaltigkeitsstrategie gefüllt werden. Z.B. sollten Mobilitätspolitik im VW-Land oder die faire öffentliche Beschaffung mit berücksichtigt werden.

VEN - ERWARTUNGEN AN DIE LANDESPOLITIK zur SDG-Umsetzung in und durch Niedersachsen

SDG 2 Den Hunger beenden, Ernährungssicherheit und eine bessere Ernährung erreichen und eine nachhaltige Landwirtschaft fördern

Der VEN erwartet von der Landesregierung eine Reduzierung des Soja-Futtermittel-Imports durch die Förderung des Anbaus eiweißhaltiger Futtermittel in Niedersachsen. Außerdem setzt er sich für eine Reduzierung der Agrarexporte in Entwicklungsländer ein, dazu gehört, dass sich die Landesregierung auf EU-Ebene für eine Mengendeckelung der Milchproduktion einsetzen sollte. Umwelt- und tiergerechte Haltungsformen auf bäuerlichen Höfen sollen gefördert werden, z. B. durch eine Kennzeichnungspflicht. Insgesamt fordert der VEN eine Umschichtung von EU-Subventionen zugunsten einer ökologischeren, bäuerlichen Landwirtschaft.

SDG 4 Inklusive, gleichberechtigte und hochwertige Bildung gewährleisten und Möglichkeiten lebenslangen Lernens für alle fördern

Der VEN erwartet von der Landesregierung, dass sie Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) als zentralen Inhalt in Bildungspläne und Curricula aufnimmt – von der Kita über Schule und Berufsschule hin zur Hochschule, in der Aus- und Weiterbildung. Die Maxime des lebenslangen Lernens sollte dabei konsequent umgesetzt werden. BNE soll sich in einzelnen Fächern, aber auch in fächerübergreifenden, projektbasierten Lernangeboten wiederfinden. Dazu sind neben entsprechenden Empfehlungen und möglichen Verordnungen zusätzliche Stunden und Qualifizierungsangebote für Lehrkräfte und/oder andere qualifizierte pädagogische Mitarbeiter*innen notwendig. Daneben bedarf es einer neuen Lernkultur, die sich auf partizipative und aktivierende Lernmethoden stützt. Auch gilt es Nachhaltigkeit verbindlich im Schulprofil bzw. in der Schulentwicklung zu verankern und sie zur Grundlage der Beschaffung, bei Baumaßnahmen, in Kantinen und Kiosken zu machen. Der VEN fordert zudem, dass die Arbeit der außerschulischen Lernorte BNE / Globales Lernen strukturell gefördert wird.

SDG 8 Dauerhaftes, breitenwirksames und nachhaltiges Wirtschaftswachstum, produktive Vollbeschäftigung und menschenwürdige Arbeit für alle fördern

Die Landespolitik sollte festgelegte Kriterien und Vorgaben für menschenrechtliche Sorgfaltspflichten für Unternehmen ausarbeiten, die durch das Land Niedersachsen gefördert werden, bzw. sich im Besitz des Landes befinden. Der VEN erwartet, dass die Vertreter*innen der Landesregierung ihre Rolle in den Aufsichtsräten der Unternehmen und den Verwaltungsräten der Landesbanken proaktiv wahrnehmen und die Wahrung der menschenrechtlichen Sorgfaltspflicht einfordern.

SDG 10 Ungleichheit in und zwischen Ländern verringern

Die Landesregierung sollte sich auf Bundesebene für eine Entwicklungspolitik einsetzen, die Wertschöpfung und nachhaltige Produktion in Ländern des Globalen Südens stärkt. Schließlich gilt es, Zusammenhänge von globaler Ungleichheit und damit die Ursachen von Flucht in der öffentlichen Diskussion zu verdeutlichen sowie Rassismus und Diskriminierungstendenzen entgegenzuwirken. Der VEN erwartet von der neuen Landesregierung, sich für legale Einwanderung und sichere Fluchtwege einzusetzen.

SDG 12 Nachhaltige Konsum- und Produktionsmuster sicherstellen

Bei der öffentlichen Beschaffung muss die Berücksichtigung menschenrechtlicher Kriterien in der Lieferkette verbindlich sein. Der VEN fordert daher eine konsequente Umsetzung der Niedersächsischen Kernarbeitsnormenverordnung (NKernVO). Eine erhebliche Erweiterung ihres Geltungsbereiches ist dafür von Nöten. Entsprechende Schulungen der Verantwortlichen und Umstrukturierungen des Einkaufs in Richtung Qualität statt Quantität sollten diesen Prozess unterstützen. Wir empfehlen der Landesregierung

daher, bei Bestehen entsprechender Zertifikate, die Möglichkeit der Abgabe einer Eigenerklärung von vornherein auszuschließen und stattdessen in Form einer Rechtsverordnung eine produktspezifische Auflistung von anerkannten Zertifikaten in die Nachweisführung zu integrieren. Der VEN setzt sich für eine Förderung von Kampagnen für öko-fairen Konsum ein.

SDG 13 Umgehend Maßnahmen zur Bekämpfung des Klimawandels und seiner Auswirkungen ergreifen

Die Erreichung der Pariser Klimaziele sollte für die Landesregierung hohe Priorität in der Ausrichtung ihrer Ziele und Strategien haben. Die Landesregierung sollte den Ausbau erneuerbarer Energien und nachhaltiger Ressourcennutzung vorantreiben und die Partnerländer/-regionen des Landes durch Know-How- und Technologietransfer unterstützen. Zudem sollte die öffentliche Bewusstseinsbildung gestärkt werden – in Niedersachsen und Partnerländern/-regionen – für die Notwendigkeit und die Vorteile erneuerbarer, dezentraler Energiesysteme und Energieeffizienzmaßnahmen.

SDG 16 Friedliche und inklusive Gesellschaften für eine nachhaltige Entwicklung fördern, allen Menschen Zugang zur Justiz ermöglichen und leistungsfähige, rechenschaftspflichtige und inklusive Institutionen auf allen Ebenen aufbauen

Der VEN fordert, jegliche Form von Rüstungsexportförderung aus Niedersachsen zu stoppen.

SDG 17 Umsetzungsmittel stärken und die Globale Partnerschaft für nachhaltige Entwicklung mit neuem Leben erfüllen

Der VEN erwartet von der Landesregierung, dass sie sich auf Bundesebene für das Erreichen des 0,7-Prozent-Ziels bis zum Jahr 2020 einsetzt. Die notwendigen finanziellen Mittel für die Versorgung von geflüchteten Menschen in Deutschland sind dabei nicht auf die Leistungen der öffentlichen Entwicklungszusammenarbeit (ODA) anzurechnen. Drei Prozent der ODA sollten gemäß der Empfehlung der OECD für entwicklungspolitische Bildungs- und Informationsarbeit ausgegeben werden. Der VEN erwartet von der Landesregierung die finanzielle Absicherung und Ausweitung des Eine Welt-Promotor*innen-Programms und die Förderung von entwicklungspolitischer Bildungs- und Informationsarbeit von Initiativen und Vereinen in Niedersachsen. Auf europäischer Ebene sollte sich die neue Landesregierung für eine Finanztransaktionssteuer einsetzen, deren Einnahmen zur Bekämpfung von Armut dient.

Deutschland und die Europäische Union sollten eine von den SDGs abgeleitete Handelspolitik anstreben, die zur weltweiten Überwindung von Armut, Hunger und einem wirksamen Klimaschutz beitragen. Der VEN fordert die Landesregierung daher auf, sich auf Bundes- und EU-Ebene für eine grundlegende Neuausrichtung der Handelspolitik einzusetzen. Dafür müssen Umwelt-, Sozial-, und Menschenrechtsstandards im Rahmen aller Handelsabkommen verbindlich und gleichgewichtig zu den Handelszielen festgeschrieben werden. Der VEN setzt sich dafür ein, dass die zivilgesellschaftliche Partnerschaftsarbeit sowohl mit Eastern Cape und Tansania als auch mit anderen Weltregionen unterstützt wird. Dabei sollen Kooperationen zwischen Migrantenselbstorganisationen und NGOs der Entwicklungszusammenarbeit in Niedersachsen sowie der interkulturelle Dialog unterstützt werden.



DIE SUSTAINABLE DEVELOPMENT GOALS (SDGS) 17 Ziele für weltweite nachhaltige Entwicklung

SDG 1 Armut in allen ihren Formen und überall beenden

SDG 2 Den Hunger beenden, Ernährungssicherheit und eine bessere Ernährung erreichen und eine nachhaltige Landwirtschaft fördern

SDG 3 Ein gesundes Leben für alle Menschen jeden Alters gewährleisten und ihr Wohlergehen fördern

SDG 4 Inklusive, gleichberechtigte und hochwertige Bildung gewährleisten und Möglichkeiten lebenslangen Lernens für alle fördern

SDG 5 Geschlechtergleichstellung erreichen und alle Frauen und Mädchen zur Selbstbestimmung befähigen

SDG 6 Verfügbarkeit und nachhaltige Bewirtschaftung von Wasser und Sanitärversorgung für alle gewährleisten

SDG 7 Zugang zu bezahlbarer, verlässlicher, nachhaltiger und moderner Energie für alle sichern

SDG 8 Dauerhaftes, breitenwirksames und nachhaltiges Wirtschaftswachstum, produktive Vollbeschäftigung und menschenwürdige Arbeit für alle fördern

SDG 9 Eine widerstandsfähige Infrastruktur aufbauen, breitenwirksame und nachhaltige Industrialisierung fördern und Innovationen unterstützen

SDG 10 Ungleichheit in und zwischen Ländern verringern

SDG 11 Städte und Siedlungen inklusiv, sicher, widerstandsfähig und nachhaltig gestalten

SDG 12 Nachhaltige Konsum- und Produktionsmuster sicherstellen

SDG 13 Umgehend Maßnahmen zur Bekämpfung des Klimawandels und seiner Auswirkungen ergreifen*

SDG 14 Ozeane, Meere und Meeresressourcen im Sinne nachhaltiger Entwicklung erhalten und nachhaltig nutzen

SDG 15 Landökosysteme schützen, wiederherstellen und ihre nachhaltige Nutzung fördern, Wälder nachhaltig bewirtschaften, Wüstenbildung bekämpfen, Bodendegradation beenden und umkehren und dem Verlust der biologischen Vielfalt ein Ende setzen

SDG 16 Friedliche und inklusive Gesellschaften für eine nachhaltige Entwicklung fördern, allen Menschen Zugang zur Justiz ermöglichen und leistungsfähige, rechenschaftspflichtige und inklusive Institutionen auf allen Ebenen aufbauen

SDG 17 Umsetzungsmittel stärken und die Globale Partnerschaft für nachhaltige Entwicklung mit neuem Leben erfüllen

WEITERE INFOS IM INTERNET

www.2030agenda.de | www.2030-watch.de | www.2030report.de | www.ven-nds.de/weltwunder



VERBAND
ENTWICKLUNGSPOLITIK
NIEDERSACHSEN e.V.

WELTWUNDER!
WANDEL STATT WACHSTUM

Dieses Papier wurde im Rahmen des **VEN-PROJEKTES „WELTWUNDER – WANDEL STATT WACHSTUM“** erstellt.

VERBAND ENTWICKLUNGSPOLITIK NIEDERSACHSEN E.V. (VEN) | Hausmannstr. 9 - 10 | 30159 Hannover | 0511 / 391650 | info@ven-nds.de | www.ven-nds.de

PROJEKTKOORDINATION UND AUTOR Julian Cordes | Verband Entwicklungspolitik Niedersachsen e.V. | cordes@ven-nds.de | www.ven-nds.de

WIR BEDANKEN UNS BEI DEN FÖRDERERN: Niedersächsische Bingo-Umweltstiftung, Brot für die Welt, Engagement Global/Im Auftrag des BMZ.



Bundesministerium für
wirtschaftliche Zusammenarbeit
und Entwicklung

**Brot
für die Welt**
Brot für die Welt –
Evangelischer
Entwicklungsdienst